
1307/J XXII. GP

Eingelangt am 13.01.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Günther Kräuter, Mag. Christine Lapp
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend **drohende Arbeitsplatzverluste von in Tabaktrafiken beschäftigten
behinderten Menschen**

Im Zusammenhang mit der von der Bundesregierung in den meisten Bereichen schlecht bis gar nicht innerstaatlich vorbereiteten EU-Erweiterung droht zahlreichen österreichischen Trafikanten ein wirtschaftliches Desaster. Gerade für behinderte Menschen ist die Leitung einer Tabak Trafik eine Möglichkeit wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Vor allem in Grenzlandregionen ist aufgrund der weitaus niedrigeren Steuern auf Tabakwaren im benachbarten Ausland mit einer entsprechenden Wettbewerbsverzerrung zu rechnen. Aufgrund der zu erwartenden Schließungen von zahlreichen kleineren Trafiken könnten tausende behinderte Menschen ihre Beschäftigung verlieren.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

- 1.) Welche Unterschiede bestehen im steuerlichen Bereich bzw. grundsätzlich im wirtschaftlichen Wettbewerb zwischen Österreich und den EU-Beitrittsländern bezüglich Tabakwaren?
- 2.) Mit welchen Umsatzeinbrüchen haben die heimischen Tabaktrafikanten in den einzelnen Bundesländern zu rechnen?
- 3.) Wie hoch sind die Steuereinnahmen durch die Tabaktrafiken (2001, 2002 und 2003)?
- 4.) Was beabsichtigt die Bundesregierung bei den unterschiedlichen Steuern auf Tabakwaren in Österreich und den angrenzenden Staaten zu unternehmen?
- 5.) Wie viele Behindertenarbeitsplätze werden durch die Schließungen von Tabaktrafiken verloren gehen?
- 6.) Welche Alternativen hat sich die Bundesregierung für die behinderten Menschen überlegt?